

***Die Einrichtungen und Projekte der FrauenLesbenbewegung im Zeitalter der Globalisierung
Spagat zwischen „Qualitätssicherung“ und Lebensqualität***

Vortragsmanuskript zum Internationalen Kongress "Dienste ohne Grenzen - GATS, Privatisierung und die Folgen für Frauen", 9.-11.Mai 2003 in Köln

Eva-K.Hack, Kassel

Ich vertrete hier auf diesem Podium ebenfalls den Bereich der Sozialen Arbeit und arbeite seit mittlerweile 25 Jahren im Autonomen Frauenhaus Kassel.

Aus diesem Blickwinkel gestaltet sich mein Beitrag, dessen Schwerpunkt auf der Situation der Projekte und nicht auf derjenigen der dort Unterstützung suchenden Frauen und Kinder liegt. Wie sie z.B. durch die Umstrukturierung der sozialen Sicherungssysteme betroffen sind, ist ein Thema für sich. Zugleich, zeitgleich und nicht zufällig spiegelt sich dies jedoch in der Entwicklung der Frauenprojekte wider.

Nach einigen allgemeineren Bemerkungen zum Sozialabbau, werde ich Euch etwas über "Qualitätsmanagement" erzählen und schließlich werde ich - ausgehend vom Verlauf der Professionalisierungsdebatte - der Frage nachgehen, warum bisher so wenig kritischer Einspruch und Widerstand gegen die hier aufgezeigten Entwicklungen aus den Projekten der autonomen FrauenLesbenbewegung gekommen ist.

Einleitung

Es ist weitgehend bekannt, dass die vielfältigen und oftmals hart erkämpften Einrichtungen der FrauenLesbenbewegung - auch in Kassel mussten wir 1979 die heutige Zufluchtsstätte für misshandelte Frauen vorerst besetzen - ebenfalls vom radikalen Umbau und mindestens ebenso radikalen Abbau öffentlicher Zuschüsse betroffen sind.

Die Schließungen von Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen, Frauen- und Mädchenhäusern gehören mittlerweile genauso unspektakulär zum Alltag, wie die sich von Jahr zu Jahr fast schon ritualisierten Kürzungen bei den immer weniger werdenden Projekten. Die Übernahme von Selbstkostenanteilen durch die Nutzerinnen, Fundraising, Ehrenamt und Qualitätsmanagement wurden uns als Ausweg aus diesem Dilemma zunächst gepriesen und nun zunehmend abverlangt. Wie in der Anfangszeit der FrauenLesbenbewegung stellt sich die gesellschaftliche Aufgabe des Schutzes vor Gewalt zunehmend wieder als ein von der Kassenlage und Prioritätensetzung des Staates abhängiger Gnadenakt dar.

Parallel und im Windschatten zum unaufhörlich fortschreitenden Abbau staatlich finanzierter Leistungen, wird jedoch seit langem auch der Sozialsektor nach den Vorstellungen neoliberaler Politik umgestaltet - das gerät beim Kürzungseifer sehr leicht aus dem Blick.

Zunehmend wird auch dieser Bereich dereguliert, privatisiert und den Kräften des sogenannten freien Marktes überlassen.

Bereits durch den vor Jahren eingeführten Slogan "weniger Staat - mehr Eigenverantwortung" mit all seinen repressiven Folgen für EmpfängerInnen staatlicher Leistungen zeichnete sich die Richtung klar ab. Der Staat bekam eine neue Rolle zugewiesen, er sollte nun aktivieren und moderieren, aber möglichst nicht mehr agieren. Gesellschaftlich verursachte Problemlagen sollen nun in zunehmendem Maße individualisiert, als Problem der Einzelnen umdefiniert, begriffen, aufgefangen und/oder allianzversichert werden.

Der Staat verabschiedet sich weitgehend aus seiner sozialen Verantwortung und richtet seine eigenen Tätigkeiten zunehmend nach marktökonomischen Kriterien aus. New Public Management nennt sich dieser Transformationsprozess.

Die verbleibenden Aufgaben des Sozial-Sektors, die in weiten Teilen in sogenannter Freier Trägerschaft und nicht profitorientiert ausgeführt werden, sollen sich den ökonomischen Gesetzen der freien Marktwirtschaft unterwerfen. Fachliche und werteorientierte Vorgaben sollen den ökonomischen Vorgaben untergeordnet und zunehmend durch sie ersetzt werden.

Darüber werden weite Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch die sozialen Einrichtungen zu einem beliebig erscheinenden Angebot auf dem freien Markt. Dort haben sie ihre als Dienstleistung deklarierten Unterstützungsangebote im Wettbewerb mit kommerziellen Anbietern als Waren zu erzeugen und zu verkaufen.

Im letzten Jahrzehnt wurden zahlreiche marktkonforme Anpassungsleistungen angeschoben, die im Zusammenspiel ihre Wirkung zeigen und das Denken der Menschen mit einschließen.

Immer häufiger werden Bereiche der sozialen Arbeit dem Wettbewerb zugänglich gemacht, öffentlich ausgeschrieben und damit profitorientierten Anbietern der Zugang gewährt. Das sind die Voraussetzungen für Konkurrenz und Wettbewerb. Bereits vor einiger Zeit wurden in NRW die Richtlinien der Frauenhäuser dahingehend geändert, dass Gewinnorientierung nicht länger im Widerspruch zur Landesförderung steht. Immer mehr gemeinnützige Vereine und Verbände werden zu Kapitalgesellschaften, große Verbände transformieren zu Sozialkonzernen. Und auch die "Frauen helfen Frauen GmbH" ist leider keine Fiktion mehr.

Die von der EU geforderte bundesweite Abschaffung des Status der Gemeinnützigkeit, die für die nächsten Jahre geplant ist, wird ein Endstein dieser Entwicklung sein.

Doch werden viele der kleineren Träger trotz aller Anpassungsbemühungen und vorauseilendem Gehorsam bereits bald zu den VerliererInnen dieses Entwicklungsprozesses gehören.

In den USA werden bereits heute Fürsorgeprogramme an Konzerne wie Lockheed-Martin, einen der führenden Waffenhersteller der Welt, übertragen.

Und im Regelumfang des GATS ist kein Sektor der öffentlichen Daseinsvorsorge und des öffentlichen Eigentums grundsätzlich ausgeschlossen. Auch der Sozialsektor wird verhandelt. Wieweit und wie lange Ausnahmen von dem Grundsatz der Privatwirtschaftlichkeit von Dienstleistungen geduldet werden, ist zur Zeit noch völlig unklar. Klar ist dagegen, dass es Mechanismen geben muss, welche die Einhaltung der GATS-Regeln notfalls erzwingbar und den sozialen Sektor marktkompatibel machen.

Qualitätssicherung und Leistungsverträge

Zunächst also müssen Handelshemmnisse abgebaut und die Einrichtungen in wirtschaftliche Konkurrenzbetriebe umgebaut werden.

Die staatlichen Auflagen zum Abschluss von Leistungsverträgen und die Einführung von qualitätssichernden Maßnahmen müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden und haben mittlerweile auch Einrichtungen der FrauenLesben-Bewegung erreicht.

Beides sind wichtige Voraussetzungen um vergleichbar und damit wettbewerbs- und marktfähig zu werden, Kosten zu senken und dabei gleichzeitig eine Mindestqualität vorzuweisen. In Zeiten des New Public Management stellt der Staat hierüber die Gewährleistung der Handelsfreiheit auch in diesem Bereich her und sichert gleichzeitig einen "angemessenen" standardisierten Output. In den Bereichen, in denen überhaupt noch eine öffentliche Finanzierung erfolgt, wird sie an die entsprechenden Auflagen gekoppelt. Darauf werde ich jetzt näher eingehen.

Qualitätssicherung und Leistungsverträge - Bausteine für den Sozialmarkt?

Die gesetzlichen Weichenstellungen hierzu wurden auf Anweisung der EU zunächst in der Pflegeversicherung, dann in der Jugendhilfe (§ 78 BSHG) und schließlich über die Neufassung des § 93 BSHG für die soziale Arbeit geschaffen. Ging es in der alten Fassung zumindest dem Wortlaut nach, um "bedarfsgerechte Hilfe", so muss diese heute im Zuge der Neuorientierung sozialer Arbeit lediglich "ausreichend, wirtschaftlich und zweckmäßig" sein. Die Träger der Sozialhilfe sind heute nur noch zur Übernahme von Aufwendungen für die Hilfe in einer Einrichtung verpflichtet, wenn mit dem Träger oder seinem Verband u.a. eine Vereinbarung über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung besteht.

Zunächst wird über die Einführung von Leistungsverträgen das Verhältnis zwischen den sozialen Einrichtungen und den Finanzträgern grundlegend neu geordnet. Die Finanzierungsträger legen schließlich standardisierte "Qualitätskriterien"

fest. Die Träger wiederum werden aufgefordert in einem Qualitätshandbuch festzulegen, wie sie diese Standards erreichen und mit welchen Methoden sie ihren Qualitätsstand messen lassen wollen. Dabei geht es zunächst um eine Selbstbeurteilung, schließlich auch um die sogenannte Zertifizierung.

Zahlreiche Frauenprojekte mussten bereits mit ihren Zuwendungsträgern Leistungsverträge abschließen. Die Kommunen treten hierbei zunehmend als *Besteller* einer von ihnen definierten Leistung auf, die *Lieferanten* sind die Frauenprojekte. Die eigenständigen Gestaltungsspielräume schrumpfen. Weltanschauliche Wertvorstellungen, ethische, politische oder gar feministische Grundsätze werden darin mehr und mehr durch ökonomische Aspekte ersetzt. Qualitätsmanagement mit den darin eingelassenen wahnsinnig zeitaufwendigen Evaluationen und Dokumentationen soll die Leistung nach den Kriterien des Kosten-Nutzen-Kalküls überprüfbar machen.

Die Träger werden mit umfangreichen Fragebögen konfrontiert, die die "Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität" im Rasterverfahren zu fassen versucht - mit dem Ergebnis, dass hier bereits die ersten durchfallen. Das Datensammeln und -liefern wird zur wichtigen Aufgabe. Kostspielige Qualitätszertifizierungen bilden schließlich das Sahnehäubchen und sind bereits heute ein Riesengeschäft. Das wird uns im sozialen Bereich ebenfalls bevorstehen.

Im Bereich Bildung bieten Multinationale Giganten wie Microsoft bereits den Erwerb von Zertifikaten auf kommerzieller Ebene an. Im Rahmen der GATS-Verhandlungen drängen sie die Europäische Union den Markt für Zertifizierungen zu öffnen.

Zertifizierungen bedeuten allerdings nicht, dass Leistungen einer sozialen Einrichtung für gut befunden wurden, sondern lediglich dass die Einrichtung ein funktionierendes Qualitätssicherungssystem nach der ISO-Norm unterhält.

Qualitätssicherung im sozialen Bereich – ein technisch-industrieller Produktionsvorgang?

Alle offiziellen Vorstellungen von „Qualitätssicherung“ lassen sich auf Industrie-Modelle zurückzuführen, die in den USA und Japan entwickelt wurden und deren oberstes Ziel der Erfolg auf dem kapitalistischen Markt ist. Sie basieren auf der Grundannahme, Qualität sei im sozialen Bereich ebenso mess- und zähl, und damit prüf- und vergleichbar wie in der industriellen Produktion. Ein solches Verfahren setzt das Herunterbrechen der Qualität auf die quantitative Ebene voraus und ist allein deshalb schon völlig ungeeignet Qualität im sozialen Bereich zu erfassen und zu sichern.

Die Idee technischer Verfahrenskontrolle liegt auch dem heute am verbreitetsten Qualitätssicherungs-System der Normenreihe ISO (International Office of Standardisation - Internationale Dachorganisation für Normen mit Sitz in Genf) 9000ff zugrunde. Die Vorschriftensammlung beschäftigt sich mit innerbetrieblichen Zuständigkeiten und der Organisation von Arbeitsabläufen, welche für die Sicherung der Qualität wichtig erscheinen und regelt die externe Kontrolle. Sie definiert darüber hinaus 20 Normpunkte zur Erreichung eines fehlerfreien Produktionsverfahrens. Im Mittelpunkt steht also die formale standardisierte Kontrolle eines Produktionsprozesses. Als Grundlage dient damit weniger die Idee des "Null-Fehler-Produkts"

als eher das fehlerfreie standardisierte Verfahren der Produktionssicherheit. Modellbildend waren hier Abläufe sowohl im militärischen als auch nukleartechnischen Bereich. Es handelt sich also eher um ein "System der Überwachung eines standardisierten Produktionsprozesses" (Müller), der auf den Bereich der Sozialarbeit übertragen werden musste. Übersetzungstalent ist gefragt.

Vier Beispiele aus der sogenannten Jugendpflege

- die Industrienorm 6: *Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von Produkten* wurde zur *Rückverfolgbarkeit des Erziehungsprozesses*
- die Industrienorm 12: *Prüfstatus der industriellen Produktion* wurde zur *Abrufbarkeit des Fortschritts in der pädagogischen Akte*
- Nr.15: *Handhabung, Lagerung, Verpackung, Konservierung* mutierte in der Jugendhilfe zu *Rahmenbedingungen und Unterbringung*
- die Norm Nr.19: *Wartung (von Produkten)* wurde zum sozialen Qualitätssicherungskriterium *Sonstige Leistungen* und so weiter und so fort.

Die meist widerspruchlos in die Sozialarbeit übernommenen und mitunter auch und gern verwendeten Begriffe wie z.B. "KundInnen", "Netto-Betreuungsaufwand", "Input", "Output", "Produkte" und "Produktkataloge" tragen schließlich zur Ökonomisierung unseres Denkens bei.

Die Folgen dieser Art des "Qualitätsmanagements" kombiniert mit leistungsorientierten Wettbewerb, können wir im Bereich der Altenpflege, in der standardisierte Leistungen in Verbindung mit Qualitätssicherung im Rahmen der Pflegeversicherung als erstes eingeführt wurden, mit Schrecken beobachten. Jeder Schritt, jede Handreichung ist in einem Raster festgehalten und muss minutiös und zeitaufwendig dokumentiert werden. Die pflegebedürftigen Menschen - und das sind vor allem Frauen - werden immer häufiger von immer weniger werdendem, völlig gestressten, immer häufiger außertariflich und damit untertariflich bezahlten Personal – und das sind ebenfalls vor allem Frauen - in unaufhörlich expandierenden Einrichtungen nach einem festgelegten Minutentakt "gewartet". Standardisierungen machen Einrichtungen vergleichbar und fit für den internationalen Wettbewerb, Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen machen die Menschen in Einrichtungen ausbeutbar. Menschlichkeit ist hier kein Qualitätskriterium und bleibt für alle Beteiligten auf der Strecke.

Welch politische Brisanz das Thema hat und auf welch gefährliches Glatteis sich Frauenprojekte mit ablehnender Haltung begeben, zeigt das Beispiel des autonomen Frauenhauses Braunschweig aus dem Jahre 1998: Die Mitarbeiterinnen weigerten sich der Vorgabe der Stadt Braunschweig zu folgen und "qualitätssichernde Maßnahmen" im Frauenhaus einzuführen. Der Preis war hoch. In Braunschweig wurde der Träger des Frauenhauses nach 18jähriger Tätigkeit einfach ausgetauscht. Die Unterstützung von außen war mäßig.

Begriffsverwirrungen

Die neoliberale Entwicklung wird von Umdeutungen und dem Austausch von Begriffen begleitet, die die Marktanpassung sämtlicher Lebensbereiche in einem positiven Licht erscheinen lassen.

Auch der Begriff der *Qualität* ist davon nicht ausgenommen. Mit Beginn der Qualitätsdebatte schien vielen von uns dieser Begriff völlig unverdächtig. Qualität ist positiv besetzt und was lässt sich gegen nachweisbare Qualität einwenden? Wie überall wiesen auch Mitarbeiterinnen der Frauenprojekte auf das produktive Potential hin, nämlich die eigenen Ansprüche an die Arbeit zu überprüfen, Erfolge öffentlich zu definieren, um damit zur langfristigen Absicherung und Anerkennung der Frauenprojekte und auch ihrer Mitarbeiterinnen beizutragen. Doch übersahen dabei viele, dass der Begriff *Qualität* (Güte, Beschaffenheit) inhaltlich erst noch bestimmt werden muss und sich aus den verschiedenen Blickwinkeln und politischen Einstellungen, aus den unterschiedlichen Weltanschauungen, Menschenbildern und ökonomischen Interessenlagen sehr unterschiedlich definieren lässt.

Ein anderes Beispiel: *Vernetzung*. Im sozialen Sektor werden die Einrichtungen zunehmend gezwungen, sich zu vernetzen - eine traditionelle Vorgehensweise sozialer Bewegungen, auch der FrauenLesbenbewegung. Warum also die staatliche "Fürsorge" an dieser Stelle? Ziel dieses neuen Vernetzungstypus ist augenscheinlich nicht, einen gemeinsamen Austausch, die Weiterentwicklung und Verbesserung der Arbeitsgrundlagen und Absprachen zur politischen Einmischung zu fördern. Vielmehr geht es hier um einen für den Sozialsektor völlig neuen Vernetzungstyp. Es geht um das Aufspüren von Synergieeffekten, um den Abbau von "Überangeboten", um die Einsparung von Kosten.... . Netzwerkorganisationen sollen die Leistungserbringung der sozialen Arbeit effektivieren. Vernetzung ist somit nichts anderes als ein Mittel zur Rationalisierung. Auch hier finden wir das Vorbild in der Industrie: Soziale Arbeit soll in Zukunft wie ein industrielles Zulieferungsnetzwerk funktionieren, wie zum Beispiel in der Autoindustrie, mit klar voneinander abgrenzbaren Arbeitsaufträgen, die in den Leistungsverträgen ihren Niederschlag finden.

An anderer Stelle dann wieder soll sich von alten Begriffen verabschiedet und marktkonforme Begrifflichkeiten übernommen werden, die den ökonomischen Umdenkungsprozess unterstützen. Der professionelle Begriff der *Klientel* und sein alternatives Gegenüber, die *Betroffenen*, soll durch den *KundInnen*-Begriff ersetzt werden. Die "KundInnenorientierung" soll angeblich die „AbnehmerInnen" sozialer "Angebote" in den Mittelpunkt stellen und lässt auf den erst Blick fast symmetrische Verhältnisse vermuten. Doch der neue Begriff verschleiert, dass sich die Strukturen im sozialen Bereich maßgeblich von der betriebswirtschaftlichen Angebot-Nachfrage-Struktur unterscheiden. Charakteristisch ist hier eine Dreieckskonstellation. Den sozialen Einrichtungen und Projekten stehen (noch) zwei "KundInnen" gegenüber: diejenigen, die die soziale Unterstützungsleistung bestellen und finanzieren, und diejenigen, die auf sie zurückgreifen müssen, z.B. die Frauenhausbewohnerinnen. Die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen vollzieht sich somit (noch) getrennt von der Bezahlung. Und über den Unterstützungsbedarf entscheidet Kunde Kostenträger.

Sollten jedoch gesellschaftlich verursachte Risiken wie Armut, Krankheit, Gewalt, Alter nach dem neoliberalen Gesellschaftskonzept immer weiter in den Zuständigkeitsbereich der Einzelnen übertragen und zu einem Problem der Selbstsorge, privaten Vorsorge und individuellen Zahlungskräftigkeit werden, dann allerdings könnte schon bald nur noch eine "Kundin" übrigbleiben, nämlich die zahlungskräftige Selbstzahlerin. Die soziale Selektion würde sich weiter verschärfen und das Nachfragepotential würde auch hier über den Geldbesitz reguliert.

Die Professionalisierungsdebatte der Achtziger Jahre

Warum kommt z. B. aus der autonomen FrauenLesbenbewegung und ihren Projekten so wenig kritischer Einspruch und Widerspruch zu diesen Entwicklungen, die doch tief in die eigenen Strukturen und Grundsätze eingreifen, sie ad absurdum führen?

Ein Rück-Blick auf den Verlauf der Professionalisierungsdebatte in den autonomen Frauenhäusern führt zu einer selbstkritischen These: Demnach ist davon auszugehen, dass die Einführung von "Qualitätsmanagement" vorläufiger Höhepunkt einer Entwicklung über die Professionalisierung und Qualitätssicherung zur Entpolitisierung ist.

Um das nachvollziehbar zu machen, ist es zunächst sinnvoll, an zentrale - nicht unumstrittene - Positionen der ersten Frauenhausgeneration in den Siebzigern zu erinnern.

Zu den Grundaussagen feministischer Frauenhaus-Politik gehörte, dass Gewalt gegen Frauen ein gesellschaftliches und kein individuelles Problem ist und die Ursachen der Männergewalt im patriarchalen kapitalistischen System verankert sind, welches auch das Verhältnis von Frauen und Männern strukturiert und hierarchisiert.

Aus diesem Verständnis wurden Grundpositionen abgeleitet wie z. B. der Autonomieanspruch gegenüber staatlichen Institutionen. Selbstverwaltet, selbstbestimmt und unbürokratisch waren die Schlagwörter. Desweiteren gehörte hierzu die Infragestellung und Ablehnung jeglicher Hierarchien und die gleichwertige Anerkennung zertifizierter und nichtzertifizierter Qualifikationen, die im Prinzip des Einheitslohns ihren Niederschlag finden sollte. Die Mitarbeit ehemaliger Frauenhausbewohnerinnen und damit die zwar häufig gerichtlich dokumentierte jedoch unzertifizierte Qualifikation *Betroffenheit* zählte zu den unverzichtbaren Voraussetzungen. Hierüber grenzten wir uns von vorherrschenden Professionalitätsstandards deutlich ab. Frauenhäuser verstanden anfangs ihre Arbeit nicht als Sozialarbeit, sondern fassten sie vornehmlich politisch auf.

Nach oft jahrelanger unbezahlter Arbeit kam es Anfang der 80er Jahre zur Einstellung der ersten festen Mitarbeiterinnen.

Diejenigen Frauenhausinitiativen und Frauenhäuser, die in der Folgezeit unbezahlte Mitarbeit im Frauenhaus prinzipiell ausschlossen - und das waren nach den vorausgegangenen Auseinandersetzungen um unbezahlte Frauenarbeit und die Annahme von "Staatsknete" die meisten - schrumpften auf die wenigen bezahlten Mitarbeiterinnen zusammen. Die unmittelbare

Folge davon war die zunehmende Konzentration auf die Sozialarbeit und die finanzielle Absicherung der Projekte, die von Jahr zu Jahr ausgefochten werden musste.

Mitte der 80er setzte die Debatte um die Professionalisierung der Sozialarbeit ein. Erklärtes Ziel war die Sozialarbeit zu einer Profession vergleichsweise der JuristInnen und MedizinerInnen aufzuwerten und mit mehr Einfluss, höheren Gehältern und gesellschaftlichem Prestige auszustatten. Um das zu erreichen, sind jedoch immer Hierarchisierungen und deutliche Abgrenzungen zu angeblich minderqualifizierten Berufsgruppen, zum sogenannten Klientel und die Ausgrenzung der eigenen Betroffenheit notwendig.

Der Richtungskampf zwischen Gegnerinnen und Befürworterinnen der Professionalisierung wurde durch die nicht zu unterschätzende Tatsache beeinflusst, dass hier ein neuer Markt aus dem Boden gestampft wurde. Neue Berufsfelder entstanden, eine Unzahl von Karriereratgebern, Weiterbildungsangeboten und Workshops prasselte auf die Frauen herab. Häufig kamen die Multiplikatorinnen selbst direkt aus der FrauenLesbenbewegung. Sie sicherten sich so ihr eigenes Einkommen. Sie alle versprachen den gefrusteten Sozialarbeiterinnen das Einmaleins des erfolgreichen Sozial- und Organisationsmanagements zu vermitteln. In dieser Entwicklung zeichnete sich die Tendenz zur Disziplinierung, Ökonomisierung und Durch-Kapitalisierung der Frauenprojekte bereits deutlich ab - und ähnlich wie jetzt im Rahmen der Debatte um die so genannte Qualitätssicherung - wurde der Eindruck zunächst vermittelt und dann übernommen, es sei schier unmöglich, sich diesen Modernisierungs- und Fortschrittsschüben zu verweigern. Die Professionalisierungsdebatte transportierte die subtile Behauptung, alle vor dieser Zeitrechnung existierenden Arbeitsansätze seien dilettantisch und nicht zeitgemäß. Dieses Muster wiederholt sich nun in Bezug auf das Qualitätsmanagement. Und auch hier, sind wir mit einer Literaturschwemme konfrontiert, die zu 99,9 % Umsetzungsratgeber sind und nicht das kritischer Nachdenken darüber fördern.

Die Professionalisierungsdebatte war - und das ist auch mir sehr wichtig hervorzuheben - alles andere als eine Erfindung der Frauenhäuser. Eine zunächst eindeutig von außen propagierte Anforderung sich zu professionalisieren wurde nach und nach als Eigeninteresse von vielen autonomen Frauenhäusern und Frauenprojekten angenommen und dann sogar noch verteidigt. Diese Entwicklung hat in vielen Projekten der autonomen FrauenLesbenbewegung so oder ähnlich stattgefunden. Und sie wiederholt sich nun auch beim Qualitätsmanagement. Nicht professionell und nun auch noch ohne Qualitätsmanagement zu arbeiten - was auch immer darunter verstanden wird - ist innerhalb der Frauenprojekte spätestens seit Anfang der 90er Jahre ein Makel und kein Gütesiegel mehr.

Um sich endlich - auch als Mitarbeiterin eines Frauenhauses - auf der gesellschaftlich anerkannten Seite verorten zu können und ohne Widersprüche zu sein, scheint unkritisches Mitmachen und vorauseilender Gehorsam für viele die einzig richtige und auch die einzig mögliche Antwort. Die unkritische Umsetzung und Verteidigung des "Qualitätsmanagements" lässt sich folgerichtig vor

allem dort beobachten, wo die Auffassung vertreten wird, die "Professionalität" muss weiter entwickelt werden - und das ist nicht nur in den Frauenhäusern so.

Ihr könnt Euch jetzt am Ende meines Vortrages fragen, was eigentlich aus den Prinzipien der autonomen Frauenhäuser und überhaupt aus der Frauenhausbewegung geworden ist. Ich fasse es mal so zusammen: Nicht nur viele der Frauenhausmitarbeiterinnen haben im Kampf um Finanzierung und gesellschaftliche Anerkennung viele einstmals gemeinsame Ziele und Grundsätze aufgegeben. Mehr und mehr haben sie sich in den gesellschaftlichen Verhältnissen und den unterschiedlichen BAT-Gruppen eingerichtet und an *Runden Tischen* Platz genommen. Sie haben den spezialisierten und professionalisierten Blick auf die Innenverhältnisse gerichtet, sich zurückgezogen und zwar zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Viele haben versäumt, hinterm Mond wieder hervorzuschauen, und darüber die globalen Umstrukturierungsprozesse aus dem Blickfeld verloren. Über diesen Blick ließen sich die angestrahlten Detailausschnitte, wie die "Qualitätssicherung", auch für unsere Projekte zunächst vorteilhaft interpretieren.

Wie sicherlich viele in diesem Raum ließen auch wir somit lange Zeit die Schlüsselfragen unbeantwortet: Woher kommt die geballte Ladung von Gesetzesveränderungen, "Reformen", Agenden, Aktionsplänen und Modellversuchen? Welche ökonomischen und gesellschaftspolitischen Interessen stehen dahinter? Und, wer steuert die Prozesse?

Unbeantwortet ist bei uns auch mal wieder die Frage, welche Visionen wir heute von einer gesellschaftlichen Zukunft haben, die es möglich macht die Gewaltfrage zu lösen und immer mehr Gerechtigkeit, Solidarität und vor allem Menschlichkeit für *alle* und zwar unabhängig vom Herkunftsland und global zu verwirklichen.

"*Frauenhäuser im Mainstream*" hieß eine Tagung, die Mitte dieser Woche in Berlin stattfand und zu der die *Frauenhauskoordinierungstelle* des "Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes" eingeladen hatte.

Der Titel liest sich wie das Ende einer geglückten Erfolgsstory.

Ihr müsst wissen, dass es autonome Frauenhäuser gibt, die gegen diesen Strom schwimmen. Und sie brauchen Eure Unterstützung! Wir brauchen weder diesen *mainstream*, noch die Art der „Qualitätssicherung“, noch dieses GATS und seine sich heute schon immer weiter ausdehnenden Schatten, die ausschließlich soziale Kälte erzeugen. Wir brauchen wieder unangepasste FrauenLesbenbewegungen und im wahrsten Sinne des Wortes nicht berechenbare Frauenprojekte, die politisch sichtbar sind und sich kritisch einmischen.

Literatur:

Asef von, Kathie (1999): Zwischen „Qualitätssicherung“ und Lebensqualitäten. In: K(r)ampfeder - Kasseler FrauenLesbenmagazin, Ausgabe Oktober, S. 19-21

- Asel** von, Kathie (2001): Eine Wende ohne Ende? Eindrücke vom 7. Treffen ost- und westdeutscher Frauenhäuser in Kassel, In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft-Nr. 56/57, S. 41-52
- Barlow**, Maude (2001): Die letzte Grenze. In: Rundbrief – Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 2, S. 9-12
- Bauer**, Rudolph (2000): Vom Wiegen wird das Schwein nicht fetter. Zur Kritik der betriebswirtschaftlichen Quantifizierung Sozialer Arbeit im Namen des Wortfetischs Qualität. In: DOWAS Jahresbericht 1999. A- Innsbruck, S. 39-54
- Bennholdt-Thomsen**, Veronika/Mies, Maria/Werlhof von, Claudia (1983): Frauen, die letzte Kolonie – Zur Hausfrauisierung der Arbeit, Reinbek bei Hamburg
- Bock**, Barbara/ Duden, Giesela (1977): Arbeit aus Liebe, Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen 1976, Frauen und Wissenschaft, Berlin, S. 118-199
- Boulboulé**, Carla (1999): Das MAI vor dem Hintergrund der Maastrichter und Amsterdamer Verträge. In: Mies, Maria/Werlhof von, Claudia(1999): Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen „MAI“. Globalisierung der Konzernherrschaft -und was wir dagegen tun können. Hamburg, S. 92-99
- Bröckling**, Ulrich (2000): Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement. In: U. Bröckling u.a. (Hg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zu Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt (M.) S. 31-167
- Butterweg**, Christoph (1998): Vom modernen Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Sozialmarkt?. „Standortsicherung“ und Wettbewerbswahn. In: Einstürzende Sozialstaaten . Wiesbaden
- Clarke**, Tony (1999): Der Angriff auf die demokratischen Rechte und Freiheiten. In: Mies, Maria/Werlhof von, Claudia:: Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen „MAI“. Globalisierung der Konzernherrschaft - und was wir dagegen tun können. Hamburg, S. 64-78
- Dahme**, Heinz-Jürgen (2000): Kontraktmanagement und Leistungsvereinbarungen - Rationalisierung des sozialen Dienstleistungssektors durch Vernetzung. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Nr. 2/2000, S. 62-67
- George**, Susan (1999): Eine kurze Geschichte des Neo-Liberalismus: Zwanzig Jahre einer elitären Volkswirtschaftslehre und Chancen für einen Strukturwandel. <http://homepage.ruhr-uni-bochum.de/Carsten.Schaefer/netzt/sg1.htm>
- Giebeler**, Cornelia/Hohmann, Angelika/Schumann, Cornelia (1987): Über die Unverträglichkeit von Staatsknete, Sozialarbeit und Feminismus. Die autonomen Frauenhäuser Bielefelds – Zehn Jahre Suche. Eine Selbstdarstellung. beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft Nr 19, S. 79 -88
- Hänsch**, Ulrike (1993): Frauenprojekte im Zustand kollektiver Ermüdung und erfolgsorientierter Anpassung. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft Nr. 35, S. 9-16
- Herrmannstorfer**, Udo (1999): Die Arbeit am Menschen – ein Produktionsvorgang? Zur Charakteristik von Beziehungsdienstleistungen – Ein Beitrag zur Debatte über die Qualitätssicherung. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 2, www.sozialimpulse.de e-mail BueroStrawe@t-online.de, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart , Tel. 0711/2368950
- Meyer**, Katharina (1998): Die Neuen Steuerungsmodelle im sozialen Dienstleistungssektor. Aspekte eines Paradigmenwechsels aus der Sicht der Praxis. In: Soziale Arbeit, Nr. 1/98, S. 22-27
- Mies**, Maria (1988): Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Zürich
- Mies**, Maria (2001): Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne. Hamburg
- Müller**, Burkhard K. (1999): Probleme der Qualitätsdiskussion in sozialpädagogischen Handlungsfeldern. In Merchel, J. (Hg.): Qualität in der Jugendhilfe. Kriterien und Bewertungsmöglichkeiten. Münster, S. 43-60
- Netzwerk gegen Konzernherrschaft** und neoliberale Politik (Hg.) (8.4.2002): Die Welthandelsorganisation (WTO). Unsichtbare Regierung für die Welt des neuen Jahrtausends? Eine Einführung, Analyse und Kritik

Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik: Wir sind alle Argentinier, Info-Brief Nr. 8, Köln <http://come.to/netzwerk-gegen-neoliberalismus> c/o Jürgen Crummenerl, Richard Wagner Str. 14, 50674 Köln, Tel. 0221-2336485

Neurohr, Wilhelm (2002): Der drohende Ausverkauf unserer Städte und Gemeinden durch multinationale Dienstleistungskonzerne als Folge des WTO/GATS-Abkommens. In: Rundbrief – Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 2, S. 16-23

Scherrer, Christoph (2002): Aktuelle Information zu den GATS-Verhandlungen im Bereich Bildung. Beilage in: Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft: Freier Handel oder freier Zugang. WTO-GATS setzt die Bildung unter Globalisierungsdruck

Schmidt-Semisch, Henning (2000): Selber schuld. Skizzen versicherungsmathematischer Gerechtigkeit. In: Bröckling, U. u.a. (Hg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zu Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt (M.), S. 168-193

Speck, Otto (1999): Die Ökonomisierung sozialer Qualität: Zur Qualitätsdiskussion in Behindertenhilfe und sozialer Arbeit. München/Basel

Steffens, Marion (2000): Arbeit und Politik in feministischen Projekten. In: IHRSINN – eine radikalfeministische Lesbenzeitschrift Nr. 21, S. 84-94

Strawe, Christoph (2000): Qualitätssicherung. Arbeitsmaterialien. Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart. www.sozialimpulse.de (Adresse siehe unten)

Strawe, Christoph (2001): Wem dient GATS? Zivilgesellschaftliche Alternativen zum Dienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation WTO. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Nr. 1, S. 1-9

Strawe, Christoph (2001): Thema GATS - Wissen Sie was GATS ist? - Merken Sie was GATS für Sie persönlich bedeutet? Sonderdruck. Internet

Strawe, Christoph (2002): Die Welt ist keine Ware. GATS-TRIPS-WTO: Dienstleistungen und ‚handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums‘ in der Auseinandersetzung um die Gestaltung der Globalisierung. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Nr. 2, S. 4-15: www.sozialimpulse.de/ E-Mail: BueroStrawe@t-online.de Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart (0711/2368950)

Steuenthaler, Angelika (1995): Totreden statt Totschweigen. Einige Beobachtungen und Überlegungen zum öffentlichen Umgang mit sexueller Gewalt. In: Namenlos. Brüche und Berufsbrüche. Schriftenreihe zur Selbsthilfe gegen sexuelle Gewalt, Nr. 4, S. 85-113

Wetterer, Angelika (1993): Professionalisierung und Geschlechterhierarchie. Vom kollektiven Frauenausschluss zur Integration beschränkter Möglichkeiten, Kassel

Wichterich, Christa (2003): Das GATS ist nicht geschlechtsneutral. Gegen den Ausverkauf öffentlicher Dienste. In: attac – eine andere Welt ist möglich. Beilage zur taz vom 12. März. www.attac.de/Material Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M. 069/900281-10

Worel, Andreas (2002): Qualitätsfragen in gemeinnützigen Einrichtungen. Unpopuläre Betrachtungen zu einem „modernen“ Begriff. Stuttgart

Zur Verfasserin

Eva-K.Hack@web.de

Mitarbeiterin des Autonomen Frauenhauses Kassel

Mitarbeiterin von FeministAttac

Mehr zum Kongress unter www.attac.de/feministattac